

GEMEINDEN leben DEMOKRATIE (aus KOMMUNAL)

Sollte die Gemeinderegierung alle Bewohner Allentsteigs wieder einmal wie früher zu einer

BÜRGERVERSAMMLUNG einladen?

wo die Bevölkerung ihre Anliegen, Vorschläge, Meinungen, Kritik, ihre Wünsche und Erfahrungen und Probleme usw. offiziell vorbringen und erörtern, diskutieren darf, **wo das Wort interessierter Einwohner an die gewählten Gemeindemandatäre im Mittelpunkt der Versammlung steht.**

Die demokratische offene politische Diskussion, die problemorientierte Zwei-Weg-Diskussion zwischen Bevölkerung und den politischen Funktionären fehlt in Allentsteig, die Bevölkerung war früher mehr an Gemeindepolitik interessiert und die Parteien bemühten sich mit demokratischen Mitteln um die Mitarbeit und Meinung der Bevölkerung. Ein Mangel an Demokratieverständnis bei Parteifunktionären in unserer Zeit könnte ein Grund dafür sein, dass man merkt, ein Regieren ohne Volk geht auch ganz gut und dass es einfacher ist, mit einer Gemeindepolitik „Vogel friss oder stirb!“ zu regieren, denn mit Alleinentscheidungen geht manches schneller. Auch die Überalterung der Bevölkerung, die mit der Abwanderung der Jugend und überhaupt mit einer Gleichgültigkeit der Bevölkerung einher geht, da kommt man mit Loben, positiven Darstellungen, mit Bildern und professionellen Stadtnachrichten und gut überlegten Informationen in der Gesellschaft gut an. Damit kann eine aktive Bürgerbeteiligung umgangen werden, denn die Stadtnachrichten sind voll mit Sachereignissen und berichten nur über die Arbeit der Gemeinderäte, Gemeindemitglieder kommen nur bei Veranstaltungen und

Gratulationen vor. So ist KOMMUNALPOLITIK einfacher und die Mehrheit einer Gesellschaft ist zufrieden.

In den Stadtnachrichten versteht es Mag.Schuh als Redakteur wirklich ausgezeichnet, mit gezielter INFORMATION die Arbeit der Gemeindefunktionäre bestens darzustellen. **Was den Stadtnachrichten abgeht, ist der Kontakt mit der Bevölkerung, die Meinungen und Interessen der Bewohner, das Mitspracherecht der Gemeindebewohner, was in einer demokratischen Gemeinde nicht fehlen sollte!** Aber auch da wird Mag.Werner Schuh als akademischen Medienwissenschaftler noch etwas einfallen, da Stadtnachrichten kein Sachbericht, **wie bei einer Firma sein sollte**, sondern eine soziale Handschrift tragen sollte. Eher autoritär geführte Organisationen mögen da anderer Ansicht sein.

Eine Gemeinde ist eine soziale Gemeinschaft und wenn nur die Stadtnachrichten als Bindeglied zwischen Bevölkerung und den Gemeindegipfeln gelten soll, wie es sich zeigt, so dürfen die Redakteure nicht zum Sachbericht werden, **sonst fehlt einfach das "Herz"** in dieser Gesellschaft. Die Gesellschaft möchte gerne wissen, was ihre gewählten "Oberen" planen, umsetzen möchten, wie sie es anstellen werden, wem es hilft, wer davon betroffen sein wird.

Die Bevölkerung ist aber auch interessiert, welche kommunalen Probleme, Sorgen und Engpässe, Behinderungen oft Entwicklungen gegenüberstehen.

Wenige Leute wird es interessieren, wo z.B. Asphaltfräsgut von Altstrassen aufgebracht wird, weil Schulprobleme gerade Vorrang haben. Da sollten die gewählten GEMEINDEMÄCHTIGEN IN DER Soziologie und POLITIKWISSENSCHAFT EIN PAAR Nachhilfestunden riskieren!! **Das würde das Volk zu loben wissen!** Man kann eine Gemeinde, die eine soziale Gemeinschaft ist, z.B. nicht wie ein gewinnorientiertes UNTERNEHMEN oder ein Strassenbauamt führen oder man sollte es zumindest nicht, es gehört auch immer das Gespür dazu, wenn öffentliches Gut verwaltet und Wähler betreut werden sollen.

Die ÖVP Allentsteig hat um 2003 hat ein vom Land nÖ. sehr gut bewertetes "Bürgerbeteiligungsmodell" angewandt, das aber dann unter Anton Kraus und Andreas Kramer bald nach der GR-Wahl 2005 abgeschafft wurde. Bürgernähe war nicht interessant, mit Macht geht alles schneller! Die neue Gemeindegewalt denkt auch nicht daran, die BürgerInnen wieder mehr miteinreden und mitplanen zu lassen, fertige Gemeindeprojekte, sofern es solche gibt, werden einfach mit viel positiver Beschreibung fertig präsentiert!

Sonst wäre es nicht möglich gewesen, die Schließung des letzten Nahversorgers in der Stadtmitte einfach mit ein „paar bedauernden Worten des Stadtbürgermeisters“ ersatzlos abzuspeisen und die Fa. Kastner als Schuldigen hinzustellen, **womit die Stadt wieder an Bedeutung und Interesse wesentlich verloren hat.** Dass so viele ältere Menschen in der Gemeindepolitik einer Kleinstadt kaum mehr eine Rolle spielen, dass der Gemeinde da so gar KEIN Ersatz einfällt, das ist nicht einwohnerfreundlich! Außerdem sind die Jungen vielfach weg und es werden immer mehr Wohnungen und Häuser frei!

NEUE schöne Siedlungen entstehen am Stadtrand, **aber niemand in der Stadtpolitik denkt daran, auch gleichzeitig neue Arbeitsplätze für die Häuslbauer anzudenken und setzt Initiativen für die Jugend,** damit sie in Allentsteig wohnen und arbeiten kann.

Über die Zukunft einer Schlaf-und PENSIONISTENSTADT, wie es manche Verantwortliche kurzfristig sehen, wäre auch nachzudenken, wenn die Jugend noch mehr weg ist und nur mehr alte Menschen in Allentsteig leben, da müssen dann anstatt Jugendliche immer ältere Menschen zum Wohnen nach Allentsteig neu herangebracht werden. So sieht das dann aus! Wer wird die Alten zum Wohnen nach Allentsteig karren????? **Was wäre eine Stadt ohne Jugend?**

Haben die Gemeinderäte schon einmal überlegt, wenn sie an eine Schlaf-und PENSIONISTENSTADT denken, wer dann die Schulen, den Kindergarten, die Geschäfte, die Digitalisierung, die vielen LED Lampen, einen Campingplatz, die Fußballfelder, das große Amtshaus, die vielen leeren Wohnräume usw. usw. dann noch braucht ?

Hier haben es die 2-Wohner in Allentsteig schöner, sie haben diese Sorgen nicht und durch die NEURO-Rehab Gründung im Jahr 1997 wurde es sogar möglich, neue qualifizierte Arbeitsplätze in Allentsteig zu schaffen und Posten zu vergeben.

Das hat auch wieder ein paar Jugendliche in die Stadt gebracht. Aber nun wäre ein weiteres Arbeitsplatzprojekt wieder notwendig, um ausgebildete Jugend wieder nach Allentsteig zurückzuholen. Sie würde auch in die Heimat zurückkommen, das hat man bei der Neuro-Rehab gesehen.

Aber dazu bräuchte oder braucht eine neue GR-Regierung mehr Mut, Ideen und Ausdauer und keine Verzettelung der Gemeindegelder in Kleinaktionen, die jede Gemeinde sowieso machen muss, dafür bekommt sie die Ertragsanteile und die Bedarfszuweisungen vom Bund.

Ein neuer Ansatz für einen stärkeren politischen demokratischen Weg würde langsam wieder mehr Vertrauen und Verständnis zwischen dem Gemeindevolk und dem gewählten Funktionärsvolk zurückbringen, aber beginnen müssten damit die gewählten Spitzen der Parteien.

Das Volk kann in einer Demokratie nur wählen, aber nichts in der Regierungsperiode ändern, deshalb bilden sich oft politische „Freundes-kreise und eine Freunderlwirtschaft“, da sollte jeder Bürgermeister vorsichtig sein, solange das demokratische Prinzip vorherrscht. Demokratie wurde 1848 erkämpft und jeder Politiker sollte behutsam und sich mit offenen Augen für demokratische Werte einsetzen und nicht „demokratisch tun und autoritär handeln!“

Die Hüter demokratischer Regierungen beginnen in der Gemeinde und in der Schule, sie sind die wichtigsten Ansprechpartner zum Erhalt einer lebenden Demokratie.

Der Ortsplatz beim Stadt-und Ortsspaziergang ist für ernste Bürgergespräche und Anliegen, nicht der richtige Rahmen. Die Orte politischer Klärung waren früher die Wirtshaustische, das Flugblatt, die Umfrage, der Hausbesuch, das Gespräch im Geschäft und auf der Strasse, die Versammlungen, der Kontakt von Mensch zu Mensch. Die Information, die politische Bildung haben die Medien heute übernommen, aber der persönliche Kontakt kann damit nicht ersetzt werden.

Wie soll der Gemeinderat wissen, welche Maßnahmen und Strategien vom Wahlvolk für ihre Gemeinde gewünscht und vorgeschlagen werden. NOCH immer gehört die Gemeinde der Bevölkerung und der Gemeinderat ist nicht der Eigentümer!!!!

Kein Gemeinderat ist allwissend und die Bevölkerung ist mit allen einverstanden, weil sich eine Mehrheitspartei oftmals über alles hinwegsetzt und mit der Bevölkerung, außer mit einigen Leuten, keinen Kontakt mehr pflegt, Stimmen aus der Bevölkerung überhört und nur mehr der Gemeinderat und seine Freunde im Alleingang entscheiden.

MANFRED ZIPFINGER ALS ÖVP GPO und Kurzzeit-Bgm. hat der Kommunikation scheinbar keinen guten Dienst erwiesen, als er einmal in einer Aussendung sinngemäß meinte, es genüge, dass die Bevölkerung informiert wird, wenn bereits die Beschlüsse und Arbeiten erledigt sind, wo also BürgerInnen keinen Einfluss mehr ausüben können, nichts mehr

sagen und einwenden können, einfach dankbar und zufrieden sein müssen, was ihnen der Gemeinderat verordnet.

Als tüchtiger Geschäftsmann wird MANFRED Zipfinger schon recht haben, aber als demokratische Führerpersönlichkeit könnte es jemand auch anders sehen und auffassen.

Bei einem jährlichen Ortsspaziergang mit guter Abschlussjause, einer Berichterstattung in den Stadtnachrichten und der Teilnahme von Funktionären an Veranstaltungen, mit einer Einladung zu Kuchen und Kaffee im "offenen Rathaus", das eigentlich dem Gemeindevolk gehört, damit kann man die Gemeindepolitik offen und überzeugend an die Teilnehmer bringen und begeistern.

Dort beschreiben und präsentieren Funktionäre ihre Leistungen, wo es eigentlich umgekehrt sein sollte, das Volk sollte die Leistungen und Entscheidungen der Gemeinde diskutieren. Aber das traut sich niemand, daher übernimmt die volxzeitung die Rolle des Sprachrohres für eine demokratische Aufklärung.

Will man ehrliche Meinungen und Zustände diskutieren, dann kann das nur im Rahmen einer Versammlung alten Stils passieren oder durch Hausbesuche oder durch moderne UMFRAGEVERFAHREN, die Mag. Werner Schuh als Medienwissenschaftler können müsste. Es kann vorkommen, dass die Gemeinderäte „unbewußt“ mehr den eigenen Vorstellungen und Interessen folgen als dem Wohl der Allgemeinheit.

IM Artikel 1 des Bundes-Verfassungsgesetzes (B-VG) steht noch immer, dass Österreich eine demokratische Republik ist, in der das Recht vom Volk ausgeht.

Würde die neue Gemeinderegierung 2020 wieder mehr Volksnähe und Bürgermitsprache fördern wollen, dann braucht sie nur in den PROTOKOLLEN UND EINLADUNGEN der Parteien und Gemeindenachrichten bis 2005 blättern und sie wäre wieder zur Volksnähe und Bürgernähe zurückgekehrt, denn dann hätte die Bevölkerung wieder das Wort, dann wäre wieder die Gemeindedemokratie und weniger die Partei, der „Freundeskreise“ der Schwerpunkt!

Einfacher und bequemer war in der Geschichte eines Volkes allemal die vom Gesetz geschützte Alleinregierung, wo zwar das Volk wählen durfte,

aber nichts mitzureden hatte, also eher nach dem Beispiel einer aufgeklärten autoritären Kirchenpolitik oder der Politik Joseph II !

Gerne loben solche Politiker das Volk besonders und streuen dem Volk unentwegt Rosen, wo sie immer auf die gute Zusammenarbeit mit dem Gemeindevolk hinweisen und nicht müde werden, das "gute Miteinander" anzupreisen, um bei den nächsten Wahlen wieder die Stimmen zu bekommen.

Oft ist die Antwort aus der Bevölkerung ein stilles geduldiges Schweigen, das von den Funktionären der Gemeinde als Zustimmung angenommen wird!

Wenn dann nach Weihnachten die Werbefolder der PARTEIEN ins Haus flattern und Parteienvertreter Sie jetzt plötzlich besuchen, dann ist es Ihr Recht über die letzten 5 Regierungsjahre nachzudenken, wie Sie diese erlebt haben !

Das wird der Gemeindedemokratie auch in Allentsteig gut tun!

Suchen Sie in den Stadtnachrichten die Themen

Arbeitsplätze, Betriebsgründungen, BILDUNG; Parteienversammlungen, Altersversorgung, Stadtentwicklung, Wertschöpfung, Armut, Gesundheit, Soziales, Innovation, Abwanderung, Jugend, Bildung, Bürgernähe, Umwelt, Zukunft, Neuerungen; Gesundheit, Nahversorgung, Geschäfte, Wirtschaft, Verkehrsverbindung,.....

Sie werden diese Themen nicht finden, Sie suchen sie umsonst!

Sie finden aber "500 kg Stein im See versenkt", "Pachtvertrag Milchhaus", "Baumpflegearbeiten", "Baustellenbesuche", "Verkauf von Kleinpflaster", "Gedächtnisparcours am See", "Kleinflächensanierung", "Rathausparkplätze und Absturzsicherung", "Lehrerzimmer Neue Mittelschule", "Vermessungsleistungen Leitungskataster BA 14", "Gesunde Gemeinde ausgezeichnet", usw.

Wen interessiert im Gemeinderat die Zukunft Allentsteigs und die Wirtschaft, die Arbeitsplätze, neue Ideen?